

II-7315 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3495/13

1992-09-22

A N F R A G E

der Abgeordneten Grandits, Petrovic, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

Nach Medieninformationen kam es in Sirnak (Kurdistan) zu einem türkischen Bombardement, das zur Folge hatte, daß sich nun 20.000 Menschen auf der Flucht befinden. Zehn Dörfer der Umgebung Sirnaks wurden von der türkischen Armee völlig zerstört, darunter die Orte Dagpinar und Dargecit. Es ist zu befürchten, daß im Schatten der jugoslawischen Ereignisse eine "ethnische Säuberung" im Südosten der Türkei praktiziert wird. Es gibt keinen Beweis dafür, daß es vor dem Massaker einen Angriff der Guerilla in Sirnak gegeben hat, wie es der türkische Staat als Vorwand für das Massaker behauptet hat. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, daß der angebliche Guerillaangriff in Sirnak von der Konterguerilla inszeniert war.

Der "nationale Sicherheitsrat", der sich am 26. August unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten der Türkei, Turgut Özal, versammelt hat, erklärte, daß die kurdische Bewegung im In- und Ausland demnächst mit "israelischen Methoden" bekämpft werde. In einer Presseerklärung wurden als Angriffsziele offen Personen und Institutionen genannt, darunter auch die Kurdistan Komitees. Weiters wurde in der Presse berichtet, daß die Erkenntnisse über die Personen und Institutionen, die im Ausland, vor allem in Deutschland, die kurdische Bewegung unterstützen, durch deutsche Behörden gewonnen werden. Der türkische Staat hat seit Jahresbeginn der kurdischen Bewegung den Krieg angesagt und richtet seine Angriffe in erster Linie auf die Zivilbevölkerung. Die türkische Presse hetzt immer massiver gegen die Kurden.

Da wir angesichts der Flüchtlingsströme in unserem Nachbarland und der Kriegsgreuel, die uns immer wieder vor Augen geführt werden, nicht unsere Verantwortung gegenüber den Menschen in anderen Krisengebieten Europas und der Welt vergessen sollten, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A n f r a g e:

1. Wie hat die österreichische Bundesregierung auf den Beschluß des "Nationalen Sicherheitsrates" der Türkei reagiert?
2. Wie beurteilt die österreichische Bundesregierung das Massaker in Sirnak?
3. Was wird die österreichische Bundesregierung zum Schutz der Menschenrechte in den kurdischen Gebieten der Türkei unternehmen?

4. Auf der Sitzung des „Nationalen Sicherheitsrates“ der Türkei wurde betont, daß die "Terrororganisation überall, in den Bergen, auf dem Land, in der Stadt, im Aus- und Inland verfolgt wird, und ihr die notwendigen (militärischen) Schläge versetzt werden". Gibt es Informationen darüber, daß Erkenntnisse über Personen und Institutionen, die im Ausland die kurdische Bewegung unterstützen, durch ausländische Behörden gewonnen werden sollen? Ist die Regierung der Türkei mit diesem Ansinnen an die österreichische Bundesregierung herangetreten?
5. Ist Ihnen bekannt, mit welcher Begründung bzw. unter welchen Bedingungen das Waffenembargo Deutschlands gegen die Türkei wieder aufgehoben wurde?